WA2

Workshopantrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen:	96. Landesschüler*innenparlament der BS in SH (dort beschlossen am: 22.05.2026)
Titel:	**Bildung ist kein Zufall - Lehrkräfteausbildung reformieren, jetzt!**

Antragstext

Das Landesschüler*innenparlament fordert, dass die Landesregierung die Lehrkräfteausbildung wie folgt umstrukturiert:

1. Sicherung der Unterrichtsqualität:

Wir fordern regelmäßige Unterrichtsbesuche zur Überprüfung und Sicherung der Unterrichtsqualität. Diese Besuche sollen sowohl angekündigt als auch unangekündigt stattfinden, um ein möglichst realistisches Bild des Unterrichtsalltags zu erhalten. Dabei sollen insbesondere pädagogische Methoden, der Umgang mit Schüler*innen sowie die Vermittlung von Unterrichtsinhalten berücksichtigt werden. Ziel ist die langfristige Sicherung eines strukturierten, respektvollen und zeitgemäßen Unterrichts. Diese Unterrichtsbesuche werden durch externe, durch BiMI gestellte, durchgeführt.

Zusätzlich dazu sollen mehr Meldestellen zur Verfügung gestellt werden um den Schüler*innen die Möglichkeit zu geben, sich bei Problemen während des Unterrichts auch an Außenstehende zu wenden, falls ihr Anliegen in der Schule nicht angenommen wird.

2. Überprüfung des genutzten Lehrmaterials:

Lehrmaterialien sollen mindestens einmal pro Halbjahr überprüft werden. Dabei soll sichergestellt werden, dass die verwendeten Quellen vertrauenswürdig, datenschutzkonform und inhaltlich korrekt sind. Außerdem muss geprüft werden, ob die Materialien altersgerecht, aktuell und frei von extremistischen, diskriminierenden oder anderweitig problematischen Inhalten sind, dienen diese Texte allerdings der Aufklärung und haben somit inhaltliche Relevanz für das weitere Unterrichtsgeschehen, so sind diese als Ausnahmen anzusehen. Schulen sollen dadurch stärker in die Verantwortung genommen werden, qualitativ hochwertige und demokratische Bildungsinhalte zu gewährleisten.

3. Schulung im Umgang mit der mentalen Gesundheit der Schüler*innen:

Wir fordern eine stärkere Sensibilisierung von Lehrkräften für die mentale Gesundheit von Schüler*innen. Dazu sollen regelmäßige Schulungen und Fortbildungen verpflichtend eingeführt werden. Zusätzlich sollen anonyme digitale Umfragen durchgeführt werden, um Belastungen, schulischen Druck und das allgemeine Wohlbefinden der Schüler*innen frühzeitig erkennen und verbessern zu können. Diese Umfragen sollen in kleinem Rahmen (bezogen auf Fächer, Klausuren und Prüfungen) alle drei Monate und in größerem Rahmen (bezogen auf alle den Schulalltag beeinflussenden Faktoren) alle 6 Monate durchgeführt werden. Auf Grundlage dieser Umfragen sollen die Lehrkräfte geschult werden.

4. Überarbeitung der Abiturlektüren:

Die bestehenden Abiturlektüren sollen hinsichtlich ihrer Inhalte kritisch überprüft und modernisiert werden. Dabei soll stärker darauf geachtet werden, dass die behandelten Themen gesellschaftlich relevant, diskriminierungssensibel und für Schüler*innen nachvollziehbar sowie zeitgemäß sind. Ziel ist ein Literaturkanon, der unterschiedliche Perspektiven berücksichtigt und die Lebensrealität junger Menschen besser widerspiegelt.

5. Verpflichtende Lehrkräftefortbildungen:

Wir fordern verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte innerhalb der regulären Arbeitszeit. Diese Fortbildungen sollen sich an aktuellen pädagogischen, gesellschaftlichen und technischen Standards orientieren. Besonders wichtig sind regelmäßige Schulungen zu den Themen Digitalisierung, Künstliche Intelligenz sowie der Umgang mit Neurodivergenzen und anderen Beeinträchtigungen. Entsprechende Fortbildungen sollen mindestens einmal pro Schuljahr beziehungsweise halbjährlich stattfinden.

6. Überarbeitung des Beamtenstatus:

Wir fordern eine Überprüfung des Beamtenstatus von Lehrkräften. Ziel ist es, bei schwerwiegenden Verstößen gegen die demokratische Grundordnung oder gegen das Neutralitätsgebot, beispielsweise bei rassistischen, sexistischen, faschistischen oder extremistischen Äußerungen und Handlungen, schneller Suspendierungen oder Entlassungen ermöglichen zu können. Dabei sollen rechtsstaatliche Prinzipien und die politische Neutralität des Unterrichts gewahrt bleiben.